

33. Studierendenparlament der Universität Bielefeld

Protokoll der zweiten Sitzung am 5. Oktober 2006

Unter dem Vorsitz des INGO BOWITZ, der WIEBKE ESDAR und des CHRISTIAN OSINGA tagte das dreiunddreißigste Studierendenparlament der Universität Bielefeld am Donnerstag, 5. Oktober 2006 in zweiter Sitzung im Raum S2-107, wovon diese Niederschrift der Nachwelt künden möge.

Anwesende Mitglieder:

- | | |
|--|---|
| Kompass Hochschulgruppe (Kompass) | – CHRISTIAN OSINGA
<i>(1 von 1 anwesend)</i> |
| UNIted – Bildung für alle! (UNIted) | – MOUNA AMRANI, THOMAS SIEBENMORGEN, NATASCHA NICOLIC (Vertr.)
<i>(3 von 3 anwesend)</i> |
| Liste Rauchfreie Uni (LRU) | – —
<i>(0 von 3 anwesend)</i> |
| Für die Mitte, bitte!! (MITTE) | – DIRK BEHRINGER
<i>(1 von 1 anwesend)</i> |
| Chronisch Schwule Union (C.S.U.) | – —
<i>(0 von 1 anwesend)</i> |
| grüne hochschulgruppe*offene Liste (ghg*ol) | – INGO BOWITZ, JANOSCH STRATEMANN, VANESSA KLEINEKATHÖFER, MARTIN ISBRUCH, HENRIK PRUISKEN, ANNA MARIA TROST, MAIKEL LINKE (Vertr.), KATHARINA BUSCHMANN (Vertr.), JOHANNES MÜLLER (Vertr.)
<i>(9 von 10 anwesend)</i> |
| Ring Christl.-Demokr. Studenten (RCDS) | – CORNELIA EICHERT, FRANK-THOMAS HOFMANN, GÖTZ FROMMHOLZ
<i>(3 von 3 anwesend)</i> |
| Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG) | – WIEBKE ESDAR, TILL WESTERMANN, JAN SEELHORST (Vertr.)
<i>(3 von 3 anwesend)</i> |

:uniLinks! – DANIEL KRENZ-DEWE, FLORIAN MUHLE (Vertr.)
(2 von 2 anwesend)

Fehlende Mitglieder:

UNIted – Bildung für alle! (UNIted) – TOBIAS KÖNINGS (e)
Liste Rauchfreie Uni (LRU) – MILENA MILUSHEVA, TIM GÖRITZ, JAN RICK
Chronisch Schwule Union (C.S.U.) – HEINZ-HARALD TIEMANN
grüne hochschulgruppe*offene Liste (ghg*ol) – LISA HENKE (e), MICHAEL KÖMM (e), JANINA NEUFELD (e), JENS HELLMANN (e)
Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG) – ANTJE SEEFELDT (e)
:uniLinks! – MAREIKE GRONICH (e)

Anwesende Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses:

Vorsitz – INGA MÜLLER, JAN BINDER
Finanzreferat – RON HÜLSKÖTTER
Sozialreferat – —
Referat für Gleichstellung – —
Referat für Öffentlichkeit – MATTHIAS KLENK
Referat für Hochschul- und Bildungspolitik – ANNA NIGBUR
Referat für Internationalismus und Frieden – MARTIN MENACHER
Kulturreferat – JAN BINDER
Referat für Ökologie und Gesundheitsschutz – INGA MÜLLER, JESSICA SCHIEBEL
Referat für Internetbetreuung – —
Referat für Antifaschismus – —

1 Formalia

a) Begrüßung

Die stellvertretende Vorsitzende WIEBKE ESDAR (Juso-HSG) eröffnet als Sitzungsleiterin um 19²⁰ Uhr die zweite Sitzung des dreiunddreißigsten Studierendenparlamentes der Universität Bielefeld und begrüßt die anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

Zweifel an ordnungsgemäßer Einladung werden nicht geäußert. Die stellvertretende Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Studierendenparlamentes mit 20 von 27 anwesenden Mitgliedern fest.

c) Wahl einer Protokollführerin oder eines Protokollführers

VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol) schlägt MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) als Protokollführer vor. Dieser erklärt auf Nachfrage, dies „sehr gerne“ tun zu wollen. Es regt sich, auch auf Nachfrage, kein Widerspruch.

Damit ist MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) als Protokollführer der zweiten Sitzung des dreiunddreißigsten Studierendenparlamentes bestimmt.

d) Feststellung der Tagesordnung

CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) merkt an, dass wegen des noch nicht vorliegenden Protokolles TOP 2 „Protokollgenehmigungen“ unnötig wäre. WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) erläutert, warum das Protokoll der konstituierenden Sitzung noch nicht vorliegt. Es gebe insbesondere noch Abstimmungsprobleme zwischen Kurzprotokoll und Mitschrift des Protokollanten, die aber in den nächsten Tagen aufgelöst würden. Ansonsten regt sich kein Widerspruch zur Tagesordnung.

Damit ist die Tagesordnung einmütig wie folgt festgestellt:

1. Formalia
 - a) Begrüßung
 - b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung
 - c) Wahl einer Protokollführerin oder eines Protokollführers
 - d) Feststellung der Tagesordnung
2. Protokollgenehmigungen
3. Gäste
4. Abschreibungen der Sozialdarlehen
5. Nominationen
 - a) Lehrkommission
 - b) Finanzkommission
 - c) Forschungskommission
 - d) Kommission für Organisationsentwicklung
 - e) LehrerInnenausbildungskommission
 - f) Bibliothekskommission
 - g) AVZ-Kommission

- h) Gleichstellungskommission
- 6. Wahl eines studentischen Mitglieds für die Härtefallkommission
- 7. Bericht des StuPa-Vorsitzes
- 8. Bericht des AStA
- 9. Berichte aus Senat und Kommissionen
- 10. Anträge
- 11. Sonstiges

2 Protokollgenehmigungen

– Entfällt wegen Nichtvorlage. –

3 Gäste

a) Fachschaft Physik

MARKUS MEINERT ist für die Fachschaft Physik anwesend und berichtet, dass die Fachschaft im November gerne mit vier bis fünf Personen an der ZaPf (Zusammenkunft aller deutschsprachigen Physikfachschaften) in Zürich teilnehmen würde. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) begehrt zu wissen, welches Verkehrsmittel sie zu wählen gedenken würden. Antwort: Je nachdem, was bezahlt würde. Für Fliegen spräche der Komfort und die kürzere Reisezeit. Bei Bahnreise wäre der Gruppentarif günstiger als Fliegen, die Verfügbarkeit sei allerdings ungewiss. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) weist darauf hin, dass seiner Ansicht nach das Flugzeug das unökologischste Verkehrsmittel überhaupt sei, vielleicht knapp vor einer Ariane-Trägerrakete. Er legt nahe, mit der Bahn anzureisen. CORNELIA EICHERT (RCDS) fragt nach der Höhe der Kosten. MARKUS MEINERT (FS Physik) erläutert, dass die Bahnfahrt im Gruppentarif ca. € 500,- und ein Flug ca. € 700,- insgesamt kosten würde. Hinzu kämen jeweils € 100,- Tagungsgebühren (fünf Teilnehmer à € 20,-).

GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) merkt an, dass sich mit einer schriftlichen Tischvorlage erheblich besser diskutieren ließe. Da die Bahnreise günstiger sei, wäre sein Vorschlag, diese dann auch zu nutzen. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) führt aus, dass die Studierendenschaft in letzter Zeit sehr reisefreudig gewesen sei und dabei viele Tagungen sehr weit weg gewesen seien. Anscheinend sei die ostwestfälische Provinz als Tagungsregion nicht so attraktiv. So Tagungen sehr weit von Bielefeld entfernt stattfinden, stelle sich ihm die Frage, ob nicht ganze Fachschaften, sondern lediglich wenige FachschaftlerInnen als MultiplikatorInnen fahren könnten. Aber wahrscheinlich sei wegen der vielen guten Seminare die Teilnahme mehrerer FachschaftlerInnen notwendig? MARKUS MEINERT (FS Physik) bejaht ebendies und weist darauf hin, dass die Fachschaft Physik momentan aus ca. 20 aktiven Mitgliedern bestünde, es würde also mitnichten die ganze Fachschaft nach Zürich reisen wollen.

INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) gießt das Ganze zu folgendem Antrag:

„Die Studierendenschaft finanziert die Fahrt der Fachschaft Physik zur ZaPf nach Zürich für bis zu fünf Personen, sofern die Anreise mit der Bahn stattfindet und der günstigstmögliche Tarif genutzt wird.“

CORNELIA EICHERT (RCDS) schlägt eine Ergänzung vor: „... , sofern es die günstigste Alternative ist.“ VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol) gibt zu bedenken, dass dann unter Umständen der Fall eintreten könne, dass nichts erstattet werden könnte. MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) wirft ein, dass es momentan günstige Bahn-Specials für Europa-Reisen gäbe. Nach kurzer Diskussion ergibt sich allerdings, dass diese bis Ende Oktober befristet sind. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) fragt, was die Fachschaft denn jetzt konkret beantrage. Antwort: Dies solle nur eine Voranfrage sein. Darauf meint CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz), er hätte lieber vorher einen Antrag mit nur ungefähren Kosten, als später einen Antrag mit überraschend hoher Rechnung. Es stelle sich auch die Frage, ob die Tagungsgebühren inbegriffen sein sollen. WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) hält dies für sinnvoll.

MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) möchte wissen, wer denn im Zweifelsfall prüft, ob wirklich das günstigste Angebot genutzt wurde. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) gibt zu bedenken, dass eine ICE-Nutzung auf jeden Fall inbegriffen sein sollte. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) stellt fest, dass die Ausführenden (Fachschaft, Finanzreferent) nicht blöd seien, man müsse nicht alles bis ins letzte Detail aufnehmen. Die Ausführenden könnten sich durchaus eines bißchens gesunden Menschenverstandes bedienen. VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol) stellt die Sachlage klar: Das StuPa müsse gar nicht über die Kosten entscheiden, sondern lediglich die Auslandsreise genehmigen. INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) übernimmt die vorgeschlagenen Änderungen in seinen Antrag und stellt ihn wie folgt zur Abstimmung:

„Die Studierendenschaft finanziert die Fahrt der Fachschaft Physik zur ZaPf nach Zürich für bis zu fünf Personen, sofern die Anreise mit der Bahn stattfindet und der günstigstmögliche Tarif genutzt wird (2. Klasse, ICE-Benutzung ausdrücklich erlaubt).“

Abstimmungsergebnis: 21 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag der Fachschaft Physik angenommen.

b) Fachschaft Wirtschaftsmathematik

Für die Fachschaft Wirtschaftsmathematik beantragt WIEBKE HABERMANN:

„Der Fachschaft Wirtschaftsmathematik wird für die ErstsemesterInnenfahrt ein Zuschuss von € 22,- pro Person bei 25 TeilnehmerInnen gewährt.“

Sie erläutert kurz den Antrag. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) fragt, ob dieser Betrag nicht nach Reisekostenordnung (RKO) im Ermessen des Finanzreferenten läge. VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol, Finanzreferentin 32. AStA) und WÖGEN TADSEN (Finanzreferent 31. AStA) stellen übereinstimmend fest, dass die RKO € 20,- pro Person und € 500,- insgesamt als Limit vorsehe. Daher müsse das StuPa entscheiden, was es daraufhin auch tut:

Abstimmungsergebnis: 21 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

Damit ist der Antrag der Fachschaft Wirtschaftsmathematik angenommen.

4 Abschreibungen der Sozialdarlehen

RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) stellt den als Tischvorlage vorliegenden Antrag des AStA vor. Er erläutert nochmals die Praxis der Sozialdarlehen (SD) und die gelegentlichen Probleme in einzelnen Fällen, wie Tod des/der Darlehensnehmers/-nehmerin, unbekannter Wohnortwechsel oder späte Reihung in einer Liste von GläubigerInnen. Für die häufig niedrigen Restschulden lohne sich auch häufig gar kein Gerichtsvollzieher. Ron erläutert, dass chancenlose SD-Forderungen abgeschrieben werden sollten, da sie sonst der Studierendenschaft als Vermögen zugerechnet würden. Dies habe bisher auch schon stattgefunden, jedoch seien nicht alle Abschreibungsvorgänge durchschaubar archiviert worden und zudem habe sich die Rechtslage geändert: Während früher der AStA Sozialdarlehen niederschlagen konnte, ist dies nun Aufgabe des Studierendenparlamentes. Aus Gründen der Rechtssicherheit möge das StuPa dabei gleich alle Fälle zugleich behandeln.

CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) begehrt zu wissen, was man tun müsse, um ein SD in Höhe von € 2.153,12 zu bekommen. VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol, Finanzreferentin 32. AStA) erläutert, dass es sich in solchen Fällen um Anwaltskosten handle. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) fragt nach der Verzinsung, VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol, Finanzreferentin 32. AStA) antwortet, dass Sozialdarlehen grundsätzlich unverzinst vergeben würden, Anwaltskosten jedoch verzinst würden.

„Das StuPa stimmt der Niederschlagung der Sozialdarlehen aus beigefügter Übersicht, die bereits in der Vergangenheit aus den Sozialdarlehensaußenständen entfernt wurden, nach § 20 Abs. 2 HWVO NRW zu. Der Finanzreferent wird damit beauftragt, die Nummern als abgeschrieben im Buchungssystem zu vermerken. Der Außenstand in den Sozialdarlehen beträgt damit zum 20.09.2006 (Stand der Buchungen) € 178.785,39.“

Abstimmungsergebnis: 22 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Damit ist der Antrag des AStA angenommen.

Da die konkrete Prüfung der Unterlagen sehr aufwändig ist und es um sensible Daten geht, schlägt Ron weiterhin vor, dass in Zukunft der Haushaltsausschuss des Studierendenparlamentes über Niederschlagungen entscheidet.

„Das StuPa gibt die Befugnis der Zustimmung zu Niederschlagungen nach §20 Abs. 2 HWVO NRW an den Haushaltsausschuss des StuPa ab.“

Abstimmungsergebnis: 20 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

Damit ist der Antrag des AStA angenommen.

CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) fragt sich, ob das StuPa diese Regelung nicht besser in die Satzung aufnehmen, RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) stimmt dem zu. INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) nimmt dies auf als Anregung für die Satzungskommission des Studierendenparlamentes, die in der ersten Vorlesungswoche tagen wird und fordert gleichzeitig die Listen auf, eventuell noch notwendige Nominationen für dieses Gremium nachzuholen.

Ohne Aussprache wird sodann folgender Antrag zur Abstimmung gestellt:

„Das StuPa beauftragt das Finanzreferat, zusammen mit dem Sozialreferat einmal im Jahr zu überprüfen, ob und welche Sozialdarlehen niedergeschlagen sollten und diese Niederschlagung dann den Bestimmungen entsprechend vorzubereiten.“

Abstimmungsergebnis: 20 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

Damit ist der Antrag des AStA angenommen.

Da RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) einmal redet, beschließt der StuPa-Vorsitz, dass auch der Antrag der (Ex-)FinanzreferentInnen zum „Gegenstandsverzeichnis“ unter diesen TOP falle. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) erläutert hierzu, dass der AStA nach neuer HWVO alle langlebigen Investitionsgüter oberhalb eines Wertes von € 410,- in einem Gegenstandsverzeichnis führen müsse. Die HWVO gibt aber auch dem StuPa die Möglichkeit, diesen Betrag niedriger anzusetzen. Der AStA schlägt daher vor, den Betrag auf € 250,- festzulegen. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) weist darauf hin, dass sichergestellt werden müsse, dass auch zukünftige ASten bzw. FinanzreferentInnen dies beachten. WÖGEN TADSEN (Finanzreferent 31. AStA) entgegnet, dass Langzeitbeschlüsse durch den StuPa-Vorsitz archiviert würden.

„Das StuPa legt den nach § 21 Abs. 4 HWVO NRW vorgesehenen Mindestwert für Gegenstände, die in das Gegenstandsverzeichnis der Studierendenschaft eingetragen werden müssen, auf € 250,- fest.“

Abstimmungsergebnis: 18 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung

Damit ist der Antrag des AStA angenommen.

5 Nominationen

a) Lehrkommission

JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) schlägt INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) vor.

MOUNA AMRANI (UNIted) schlägt THOMAS SIEBENMORGEN (UNIted) vor.

GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) schlägt CORNELIA EICHERT (RCDS) vor.

INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) schlägt JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent) vor.

Damit sind vier KandidatInnen für drei Plätze vorgeschlagen. WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) bittet die KandidatInnen, sich kurz vorzustellen und bei Bedarf auch Rückfragen zu beantworten.

INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) erklärt, dass sie momentan AStA-Vorsitzende sei und neu in der LeKo wäre. MARTIN MENACHER (AStA-Sozialreferent) begehrt zu wissen, ob sie das LeKo-Amt als AStA-Vorsitzende oder als Mitglied der grünen hochschulgruppe*offenen liste anstreben und ausüben würde. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) antwortet, dass sie das Leko-Amt unabhängig von anderen Ämtern oder Mitgliedschaften ausüben wolle, sie jedoch sicher immer auch etwas von anderen Ämtern oder Mitgliedschaften geprägt würde. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) erläutert, dass *Personen* kandidieren und nicht AmtsinhaberInnen oder Listenmitglieder. *Personen* hätten auch Sternzeichen oder seien getauft oder auch nicht.

THOMAS SIEBENMORGEN (UNIted) stellt sich vor: Er sei Mitglied von UNIted und bereits ein Jahr Mitglied der Lehrkommission gewesen. Keine Rückfragen.

CORNELIA EICHERT (RCDS) erklärt zu ihrer Kandidatur, dass sie zwar noch nicht viel Ahnung habe, sich aber gerne mehr einarbeiten würde. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) möchte von ihr wissen,

ob sie Studiengebühren gut fände bzw. ob sie für Studiengebühren sei. CORNELIA EICHERT (RCDS) antwortet, sie sei dafür.

JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent) ist wegen Krankheit verhindert und wird daher von INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) vorgestellt. JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent) studiert Psychologie auf Diplom, ist 23 Jahre alt und momentan Sozialreferent im AStA.

CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) erläutert das Wahlprozedere, welches auf Antrag von DIRK BEHRINGER (MITTE) geheim stattfindet, und steigt in die Wahlhandlung ein.

Abstimmungsergebnis:

INGA MÜLLER: 16 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltung
THOMAS SIEBENMORGEN: 13 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltung
CORNELIA EICHERT: 4 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltung
JOHANNES GEUTER: 16 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltung

Damit sind INGA MÜLLER, THOMAS SIEBENMORGEN und JOHANNES GEUTER für die Lehrkommssion nominiert und werden dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

Die Nominierten einigen sich darauf, dass THOMAS SIEBENMORGEN auf dem Statusplatz, die beiden anderen auf den Kompetenzplätzen kandidieren.

b) Finanzkommission

VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol) schlägt WÖGEN TADSEN (Finanzreferent 31. AStA) vor. WÖGEN TADSEN erläutert, dass er neben seinem Amt als Finanzreferent auch damals schon Mitglied der FiKo war und das gerne nochmals machen würde.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Abstimmungsergebnis:

WÖGEN TADSEN: 18 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

Damit ist WÖGEN TADSEN für die Finanzkommssion nominiert und wird dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

c) Forschungskommission

JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) schlägt RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) vor. THOMAS SIEBEMORGEN (UNIted) schlägt GAVINO PODEY vor.

RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) stellt sich vor. Vor seiner Tätigkeit als Finanzreferent war er bereits $\frac{1}{2}$ Jahr Referent für Hochschulpolitik. Aus größerem persönlichen Interesse würde er sich gerne in den Bereich der Forschungsförderung einarbeiten.

GAVINO PODEY ist verhindert und wird durch JAN BINDER (AStA-Vorsitz) vorgestellt. GAVINO PODEY sei Mitglied der UNIted-Hochschulgruppe, ein netter Mensch und über jeden Zweifel erhaben. Weiterhin sei er sozusagen-Redakteur und Student einer Geisteswissenschaft. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) hält es für sinnvoll, mal einen Geisteswissenschaftler in die Forschungskommission zu setzen.

MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) beantragt geheime Abstimmung und freut sich als Protokollant ob des Nebeneffektes einer kurzen Schreibpause.

Abstimmungsergebnis:
RON HÜLSKÖTTER: 14 Stimmen
GAVINO PODEY: 4 Stimmen
Enthaltungen: 3

Damit ist RON HÜLSKÖTTER für die Forschungskommission nominiert und wird dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

d) Kommission für Organisationsentwicklung

HENRIK PRUISKEN (ghg*ol) schlägt JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) vor.
CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) schlägt JAN-HENDRIK TERSTEGGE (AStA-Referent für HoPo) vor.

JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) stellt sich vor: Er sei 23 Jahre alt, studiere Politikwissenschaft BA, sei Mitglied des Studierendenparlaments und sei bereits zwei Jahre Mitglied der OE-Kommission gewesen. Diese Arbeit habe ihm viel Spaß gemacht und er möchte nun auch die neuen Aufgaben dieser Kommission anpacken.

JAN-HENDRIK TERSTEGGE (AStA-Referent für HoPo) habe heute abend Besseres vor, erklärt CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz): Er sei in den Flitterwochen. Ansonsten sei er Mitglied der Juso-HSG, momentan HoPo-Referent im AStA und studiere Soziologie Diplom.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Abstimmungsergebnis:
JANOSCH STRATEMANN: 19 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung
JAN-HENDRIK TERSTEGGE: 18 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltung

Damit sind JANOSCH STRATEMANN und JAN-HENDRIK TERSTEGGE für die Kommission für Organisationsentwicklung nominiert und werden dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

e) LehrerInnenausbildungskommission

DIRK BEHRINGER (Mitte) schlägt CHRISTOPH BULMAHN vor.
MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) schlägt DANIELA STÜKER (FS Mathe) vor.
INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) schlägt JESSICA SCHIEBEL (AStA-Referentin für Ökologie und Gesundheitsschutz) vor.
INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) schlägt ANNA MARIA TROST (ghg*ol) vor.

CHRISTOPH BULMAHN ist verhindert, daher wird er von DIRK BEHRINGER (MITTE) vorgestellt: Er habe letztes Jahr für die Liste Für die Mitte, bitte!! im StuPa gesessen, war auch bereits Mitglied der LABK und würde dies gerne ein weiteres Jahr tun.

DANIELA STÜKER (FS Mathe) saß bereits zwei Jahre in der LABK und hat im letzten AStA die zentrale Anlaufstelle für BA/MA-Probleme bekleidet. Sie würde sich gerne ein weiteres Jahr in der LABK für die Lehramtsstudierenden einsetzen.

JESSICA SCHIEBEL (AStA-Referentin für Ökologie und Gesundheitsschutz) studiert Germanistik und Geschichte für das Lehramt und ist AStA-Referentin.

ANNA MARIA TROST (ghg*ol) ist 22 Jahre jung, studiert Germanistik und Sozialwissenschaften mit Berufsziel Schule. Sie hat Lust sich einzuarbeiten und einzubringen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Abstimmungsergebnis:

CHRISTOPH BULMAHN: 17 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltung

DANIELA STÜKER: 18 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltung

JESSICA SCHIEBEL: 17 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltung

ANNA MARIA TROST: 17 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltung

Damit sind CHRISTOPH BULMAHN, DANIELA STÜKER, JESSICA SCHIEBEL und ANNA MARIA TROST für die LehrerInnenausbildungskommssion nominiert und werden dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

f) Bibliothekskommission

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) erläutert, dass entgegen der Formulierung in der Einladung lediglich ein studentischer Sitz in der Bibliothekskommission vorhanden sei. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) schlägt JESSICA SCHIEBEL (AStA-Referentin für Ökologie und Gesundheitsschutz) vor. Letztere hat sich bereits vorgestellt, daher wird sogleich offen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

JESSICA SCHIEBEL: 18 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltung

Damit ist JESSICA SCHIEBEL für die Bibliothekskommission nominiert und wird dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

g) AVZ-Kommission

ANNA NIGBUR (AStA-Referentin für HoPoBiPo) schlägt JESSICA SCHIEBEL (AStA-Referentin für Ökologie und Gesundheitsschutz) vor.

JAN BINDER (AStA-Vorsitz) schlägt MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) vor.

JESSICA SCHIEBEL hat sich bereits vorgestellt. MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit): „Ich bin der Matthias!“, außerdem sei er in Kürze Senator. Für den RCDS möchte er sagen, dass er „dafür sorgen will, dass dieses demokratische Gremium weiterhin besteht.“

Die Abstimmung erfolgt offen.

Abstimmungsergebnis:

JESSICA SCHIEBEL: 12 Ja / 0 Nein / 8 Enthaltung

MATTHIAS KLENK: 17 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

Damit sind **JESSICA SCHIEBEL** und **MATTHIAS KLENK** für die **AVZ-Kommission** nominiert und werden dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

h) Gleichstellungskommission

JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) schlägt VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol) vor.
INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) schlägt MEHDI SALEHI (AStA-Referent für Gleichstellung) vor.
INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) schlägt ANNA NIGBUR (AStA-Referentin für HoPoBiPo) vor.

VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol) hat bereits zwei Jahre in der Gleiko gesessen. Ihr habe diese Arbeit gut gefallen, darüber hinaus habe sie auch im AStA zum Thema Gleichstellungspolitik gearbeitet.

MEHDI SALEHI arbeitet momentan im AStA als Referent für Gleichstellung. Er kandidiert für die Gleiko, um mehr bewirken zu können und um die Zusammenarbeit innerhalb der Uni zu vertiefen.

ANNA NIGBUR ist momentan AStA-Referentin für HoPoBiPo und studiert Geschichte und Literaturwissenschaften. Für sie sei Gleichstellung ein wichtiges Thema, in das sie sich einarbeiten wolle.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Abstimmungsergebnis:

VANESSA KLEINEKATHÖFER: 17 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltung

MEHDI SALEHI: 20 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

ANNA NIGBUR: 15 Ja / 0 Nein / 7 Enthaltung

Damit sind **VANESSA KLEINEKATHÖFER**, **MEHDI SALEHI** und **ANNA NIGBUR** für die **Gleichstellungskommission** nominiert und werden dem Senat zur Wahl vorgeschlagen.

6 Wahl eines studentischen Mitglieds für die Härtefallkommission

Für die Härtefallkommission nach § 6 Abs. 2 der Gebührensatzung der Universität Bielefeld schlägt **MATTHIAS KLENK** (AStA-Referent für Öffentlichkeit) **STEFAN BRÖHL** (Studienkonten-/Studiengebührenberater des AStA) vor und verweist auf dessen schriftliche Bewerbung: „Es liegt eine Tischvorlage vor, wenn ihr lesen könntt...“ **STEFAN BRÖHL** sei heute verhindert. Mangels Wortmeldungen findet sogleich eine offene Abstimmung statt.

Abstimmungsergebnis:

STEFAN BRÖHL: 17 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltung

Damit ist **STEFAN BRÖHL** in die Härtefallkommission nach § 6 Abs. 2 der Gebührensatzung der Universität Bielefeld gewählt.

7 Bericht des StuPa-Vorsitzes

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) berichtet, dass noch nicht alle StuPa-Mitglieder ihre Postfachschlüssel abgeholt hätten und teilweise auch ehemalige Mitglieder die ihren noch nicht abgegeben hätten. Zudem gebe es einige redaktionelle Änderungen in der Beitragsordnung. INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) ergänzt, dass Herr KÖRBER die Neubekanntmachung der Beitragsordnung vorbereite, wobei er Ungereimtheiten bei den Änderungen entdeckt habe. So sei beispielsweise § 7 Abs. 2 nicht regelmäßig angepasst worden. Zusammen mit Herrn KÖRBER habe der StuPa-Vorsitz entschieden, dies als redaktionelle Änderung anzusehen und in Zukunft den erläuternden Satz heraus zu nehmen.

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) führt weiter aus, dass der StuPa-Vorsitz ein Gespräch mit dem Autonomen Referat für Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen geführt habe, da Herr KÖRBER eine umfangreiche Monita-Liste zur RSB-Satzung vorgelegt habe. Problematisch seien vor allem Definitionen von Gruppen, es ergebe sich nicht unerheblicher Nachbesserungsbedarf.

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) berichtet weiter, dass der StuPa-Vorsitz ab Semesterbeginn eine regelmäßige Sprechstunde (mittwochs 11⁰⁰–12⁰⁰ Uhr) anbieten wolle, dies sei auch bereits im StiB kommuniziert worden. Zustimmendes Gegrummel im Plenum.

MARTIN ISBRUCH (ghg*ol, Vors. 32. StuPa) berichtet, dass die Urabstimmungsordnung immer noch nicht veröffentlicht sei. Anscheinend sei im Dezernat II etwas schief gelaufen. MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) ergänzt, Herr KÖRBER hätte ihm erzählt, dass Dezernat II noch einige Monita zur Urabstimmungsordnung hätte. MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) entgegnet, dass er diese Monita-Liste heute morgen per mail von Herrn KÖRBER erhalten habe – es sei allerdings dieselbe, die er bereits im Juni bekommen und bereits zum damaligen Zeitpunkt in die Urabstimmungsordnung eingearbeitet habe. Er werde sich weiter darum kümmern.

8 Bericht des AStA

JAN BINDER (AStA-Vorsitz) berichtet, dass die Protokollerstellung und -genehmigung hervorragend laufe, jedoch die Verteilung bisher logistisch nicht im Griff sei. Dies werde sich umgehend ändern, übermorgen seien die Protokolle in den Postfächern. Er berichtet weiter, dass der AStA die Räumlichkeiten auf der Galerie umgebaut und verschönert habe, „aber wir erwarten kein Lob oder gar Anerkennung“. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) merkt an, dass der AStA-Keller immer noch „wie Sau“ aussähe. JAN BINDER (StuPa-Vorsitz) entgegnet, dies habe so Tradition. Die Räumlichkeiten auf der Galerie hingegen würden jedoch die Außenwirkung des AStA ausmachen. Er berichtet weiter, der AStA veranstalte vom 23.-26. Oktober eine Begegnungs- und Veranstaltungswoche. Konkretes Programm gebe es auf Anfrage beim AStA. Unter anderem sei am 25. Oktober ein Tag der offenen Galerie geplant (incl. Speisen und Getränken), abends dann Konzert und Party im AudiMin. Aufspielen soll die Kapelle „A Fear called Treason“, die musikalisch dem *Melodic Death Metal* zuzurechnen sei. Anschließend würde die Musik mit DJ NICK aus dem Ringlokschuppen „etwas massenkompatibler“. Weiterhin habe der AStA gemäß dem in der letzten StuPa-Sitzung formulierten Arbeitsauftrag zum Bericht über so genannte „BAFÖG-Betrüger“ des ARD-Magazins *Panorama* gearbeitet. So habe der AStA eine Pressemitteilung rausgehauen. THOMAS SIEBENMORGEN (UNited) möchte daraufhin wissen, was in der PM gestanden hätte. Martin Menacher (AStA-Referent für InterNat) entgegnet, dass die PM über den StuPa-e-mail-Verteiler geschickt wurde. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) wirft ein, ob sich der AStA bei der Thematik „mit

sich selbst“ beschäftigt habe, was Unmut in weiten Teilen des Plenums auslöst. WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) fragt nach Reaktionen auf die PM. MARTIN MENACHER (AStA-Referent für InterNat) führt aus, dass auch der AStA der RWTH Aachen und der fzs Stellung bezogen hätten, andere ASten wohl auch. INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) ergänzt, dass die Kritik am Panorama-Beitrag durchaus durch die Medien ging.

JAN BINDER (AStA-Vorsitz) informiert weiter, dass die Universität plane, das Universitätshauptgebäude zwischen Weihnachten und Sylvester komplett zu schließen. Begründung seien angeblich exorbitant gestiegene Energiekosten. Das Rektorat erhoffe sich Einsparungen im sechsstelligen Bereich. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) kann eine so hohe Einsparung bei lediglich acht Tagen nicht nachvollziehen. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) führt dazu aus, dass die Universität durchaus *sehr viel* Energie verschwende. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) ergänzt noch, dass alle VerwaltungsmitarbeiterInnen durch Rektoratsbeschluss in Zwangsurlaub geschickt würden. WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) interessiert, ob man noch irgendwie gegen den Beschluss des Rektorates einwirken könne, beispielsweise über den Senat. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) führt aus, dass die Information bisher nur informell ist, jedoch von GERD MEIER (Referent des Rektors) bestätigt wurde. MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) ist empört über den Plan des Rektorates, weil er die Tage „zwischen den Jahren“ immer sehr gut für Hausarbeiten genutzt habe, incl. notwendiger Literaturrecherche in der Uni-Bibliothek. Diese Möglichkeit müsse erhalten bleiben, gerade angesichts des zunehmenden Druckes durch allgemeine Studiengebühren. Er möchte wissen, ob der AStA bereits Kontakt zu den Personalräten der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen aufgenommen habe und ob eine StuPa-Resolution noch in dieser Sitzung sinnvoll wäre. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) ist empört über den zeitlichen Zusammenhang der Uni-Schließung mit der Einführung allgemeiner Studiengebühren, da fehle was an Dienstleistung. HENRIK PRUISKEN (ghg*ol) hingegen ist erfreut, dass durch diese Maßnahme Energie eingespart würde. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) findet es als Ökō-Referentin natürlich auch toll, wenn Energie eingespart wird. Jedoch sei im Januar Klausurphase und Studierende würden so wichtiger Lernzeit beraubt. Der AStA würde versuchen, dagegen vor zu gehen. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) wiederholt, dass noch nichts Offizielles raus sei, der AStA jedoch eine offizielle Anfrage ans Rektorat vorbereite. Das StuPa solle daher nicht mehr heute resolutieren. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) hält diese massive Einschränkung des Studierens für nicht hinnehmbar. Verwaltung und Sporthallen schließen wären aber okay. Einwurf MARTIN ISBRUCH (ghg*ol): „Die Sporthallen haben immer schon zu gehabt in dieser Zeit!“ INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) ist gegen den Plan des Rektorats, dankt dem AStA für die Informationen und bittet denselben, weitere Informationen an das StuPa weiterzuleiten und einen entsprechenden StuPa-Beschluss für die nächste Sitzung vorzubereiten. Jetzt könne man wohl im AStA-Bericht fortfahren. HENRIK PRUISKEN (ghg*ol) beteuert nochmals, er fände die Schließung okay. MARTIN MENACHER (AStA-Referent InterNat) schlägt vor, die Universität möge doch einen Vertrag mit GAZPROM eingehen.

INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) berichtet über die Klage studentischer GremienvertreterInnen gegen die von der professoralen Senatsmehrheit beschlossene Gebührensatzung. Kern der Klage seien vor allem die Versagung der Mitwirkungsrechte zweier studentischer Senatoren und die fehlende Öffentlichkeit. Sie habe heute gemeinsam mit INGO BOWITZ und MARTIN ISBRUCH ein Gespräch mit dem Anwalt des AStA geführt. Das Problem sei, dass die Uni trotz der Klage fleißig Gebühren von Erstis eintreibe und das Geld nur bei eingelegetem Widerspruch zurückerstatten wolle. Der AStA sei daher hinter den Erstis her, um sie über ihre Rechte aufzuklären. Eigentlich habe man alle Erstis anschreiben wollen, die Uni-Verwaltung habe jedoch die Nutzung des Postweges untersagt, obwohl dies kommerziellen Anbietern und Fachschaften durchaus regelmäßig zugestanden würde. Als Kompromiss habe das Studierendensekretariat den Gebührenbescheiden dann Merkblätter mit Verweis auf die AStA-Homepage beigelegt.

INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) berichtet weiter, dass der AStA entsprechend dem Arbeitsauftrag der letzten StuPa-Sitzung zum Thema NichtraucherInnenschutz gearbeitet habe. Der AStA schreibe vom 10. Oktober bis 10. November einen Wettbewerb unter Studierenden aus. Die Ergebnisse des Wettbewerbes würden dem StuPa vorgelegt, das StuPa wiederum solle sie dann der Kommission für Organisationsentwicklung vorlegen. MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) interessiert, ob sich auch die MitarbeiterInnen an dem Wettbewerb beteiligen sollen bzw. dürfen. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) antwortet, bisher sei nur die Studierendenschaft aufgerufen, aber der AStA würde noch darüber beraten.

RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) berichtet, dass seine Arbeit der letzten Wochen vor allem im Sichten der Sozialdarlehens-Außenstände bestand und verweist diesbezüglich auf TOP 4. Desweiteren sei der Haushalt 2007 in Vorbereitung, er würde ihn der nächsten StuPa-Sitzung in erster Lesung einbringen. Weiterhin seien die PrüferInnen des Landesrechnungshofs im Hause und prüften gerade das Finanzgebaren der Studierendenschaft. Es sei ein netter Mensch, hoffentlich hinterher auch noch. Wegen der Sitzungswütigkeit des letzten StuPa und der Reisefreudigkeit des AStA und der Fachschaften werde momentan auch noch ein Nachtragshaushalt 2006 vorbereitet. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) fragt, wann denn der Haushaltsentwurf dem dafür zuständigen Gremium, also dem Haushaltsausschuss (HHA) des Studierendenparlaments, vorgelegt würde. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) antwortet, er wüsste es nicht, aber es würde auf jeden Fall fristgerecht geschehen. Der Haushalt 2007 müsse bis zum 25. Oktober dem HHA vorgelegt werden, der Nachtragshaushalt 2006 müsse noch in 2006 verabschiedet werden.

MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) berichtet, dass das StiB (Studieren in Bielefeld) rechtzeitig fertig gestellt wurde und die neue AStA-Homepage online gegangen sei. Letztere befürde aber selbstverständlich laufend Kritik und Anmerkungen. Das Öffentlichkeitsreferat habe weiterhin diverse Pressemitteilungen rausgehauen und war im Stadtrat bei der Debatte um die Uni-Erweiterung. Da es sich um eine langfristige Entwicklung handele, sei alles noch sehr schwammig. Für den 12. Oktober sei ein Treffen aller Bielefelder ASten geplant, auch mit Bielefelder SchülerInnenvertretungen sei eine Vernetzung geplant. HENRIK PRUISKEN (ghg*ol) weist darauf hin, dass die im Inhaltsverzeichnis angegebenen Seitenzahlen teilweise falsch seien. MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) bittet, solche Anmerkungen direkt an SEBASTIAN ROETTGER zu richten, der das StiB gelayoutet habe. MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) interessiert, ob SEBASTIAN zwischenzeitlich geheiratet habe, da im Impressum von SEBASTIAN GUMMIBÄR die Rede sei. Die Frage konnte nicht abschließend geklärt werden, aber mehrere Anwesende halten es für einen der üblichen Schlumpf-Witze. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) stört sich an der Bezeichnung *GEZ-Arsch* (Bildunterschrift StiB, S. 40), er halte die nicht für okay. MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) verweist auch hier auf den Layouter SEBASTIAN ROETTGER, er selbst sehe da aber auch nicht das Problem. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) sagt, dass sie die Bildunterschrift als unpassend empfinde. MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) fragt sich (und den AStA), ob eine solche Formulierung nicht die Gefahr von Rechtsstreitigkeiten berge. MARTIN MENACHER (AStA-Referent für Internat) stellt sich hinter die StiB-Formulierung. Sie sei keine personalisierte Beleidigung. Darüber hinaus würden sich die GEZ-Schergen regelmäßig widerrechtlich als *Beamte* bezeichnen, provisionsbasiert arbeiten und des Öfteren Straftaten begehen. Gerade internationale Studierende würden häufig stark eingeschüchtert. Privat würde er die Formulierung des StiB durchaus so behaupten. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) sieht die strittige Formulierung durch andere Bildunterschriften mit ironischen und sarkastischen Untertönen wieder gerade gerückt. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) findet das alles „dumm gelaufen, aber nicht mehr zu ändern“, dies sollte beim nächsten StiB nicht mehr passieren. MATTHIAS KLENK (AStA-Referent für Öffentlichkeit) sagt als Schlusswort: „Ja, der Bürgerpark hieß früher *Adolf-Hitler-Park!*“

MARTIN MENACHER (AStA-Referent für Internationalismus und Frieden) berichtet über die Ver-

netzungskennenlernarbeit mit dem AAA, Einführungstage für internationale Studierende und ein Sprachbegleitprogramm. Weiterhin hätten die Ausländerbehörden wegen der eingeführten Studiengebühren den geforderten Finanzierungsnachweis von € 7.000,- auf € 8.000,- angehoben, obwohl die Rechtslage noch längst nicht geklärt sei. Er arbeite weiter daran.

MOUNA AMRANI (UNIted, AStA-Sachbearbeiterin für HoPo) berichtet über Aktivitäten des Referates für Hochschulpolitik: So sei eine Info-Kampagne zum Thema „Bologna“ in Vorbereitung, es habe ein Gespräch mit Uni-Kanzler HANS-JÜRGEN SIMM wegen des Neubaus *Lange Lage* und dessen Finanzierung gegeben und der europäische Kongress sei weiter vorbereitet worden. Im Vorbereitungsteam seien jetzt zwölf Personen aktiv, als Termin seien die Tage 12. bis 14. Mai anvisiert worden. Ende 2006 würde dem StuPa ein Konzept vorgelegt werden. Weiter würde sich das HoPo-Referat auf das nächste Treffen aller Fachschaften (T.a.F.) vorbereiten mit Gedanken zur Informationsbündelung. Eine wesentliche Rolle im HoPo-Referat spiele natürlich auch die Beobachtung des aktuellen Geschehens, hier würden sie bald auch an die Öffentlichkeit gehen, z. B. hinsichtlich der Landespolitik.

DANIEL KRENZ-DEWE (unilinks) hat Fragen zum Umgang des AStA mit der Verkehrsgruppe. Er habe gehört, dass die Verkehrsgruppe durch eine zweizeilige Nachricht von der Umstellung von pauschaler Aufwandsentschädigung zu stundenbasierter Entschädigung erfahren habe. Dadurch gehe seiner Ansicht nach der eigenständige AG-Charakter verloren. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) antwortet, das Anfang August ein Zettel mit der Aufschrift „Urlaub bis Mitte Oktober“ an der Tür der Verkehrsgruppe gehangen habe. Es habe also ein offensichtliches Desinteresse an einer Neuanschließung seitens der früheren Verkehrsgruppe gegeben. Der AG-Charakter sei erhalten geblieben, der AStA betreibe keine Personalauswahl. Aus Sicht des AStA sei aber bei bisherigen Preissteigerungen nicht gut genug gearbeitet worden und kaum Öffentlichkeitsarbeit betrieben worden. Der bisherige „Chef“ der Verkehrsgruppe habe zudem vor seinem Abschied wichtige Daten gelöscht, ganz bewusst mit einem professionellen Datenüberschreibungsprogramm. DANIEL KRENZ-DEWE (unilinks) merkt an, dass diese Löschung dann doch bestimmt erst nach dem AStA-Handeln stattgefunden hätte. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) gesteht ein, dass dies so sein könne. Trotzdem sei eine Datenlöschung nicht hinnehmbar. Vor allem sei es dem AStA aber um das bisherige Verhalten der Verkehrsgruppe gegangen. Seitdem es die Verkehrskommission des StuPa gebe, sei es besser geworden. Drei Personen der alten Verkehrsgruppe machen weiter, nur einer sei abgesprungen. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) schließt sich ihrem Vorsitz-Kumpanen an. Vielleicht hätte sich der AStA auch anders verhalten können, Fakt sei aber, dass die Verkehrsgruppe ihre Aufgaben nicht ausreichend erfüllt habe. Mit den drei jetzt weiterhin beschäftigten Mitgliedern seien intensive Gespräche geführt worden. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) berichtet, SEBASTIAN LISKEN (Mit-Initiator des Semstertickets) habe der Verkehrsgruppe mehrfach Hilfe bei den Verhandlungen angeboten, was diese abgelehnt habe. Der AStA habe vollkommen richtig gehandelt. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) stellt klar, dass es nicht um eine fristlose Kündigung, sondern lediglich um keine Neueinstellung gegangen sei. Das Arbeitsklima „ging vorher gar nicht“, jetzt sei es deutlich besser, es seien arbeitsfähige Strukturen geschaffen worden. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) ergänzt, dass die Arbeit der Verkehrsgruppe ja weiterhin bezahlt würde, nur halt stundenweise. Die pauschale AE sei immer an eine Person überwiesen worden, die sie dann weiter verteilt habe. Im letzten AE-Monat allerdings habe diese Person die AE komplett für sich einbehalten. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) weist nochmal darauf hin, dass die Struktur im Wesentlichen gleich geblieben sei. Personell sei der eine Abgang durch zwei neue Personen kompensiert worden. Weiterhin sei die Homepage überarbeitet worden und die Zahlungsweise halt umgestellt worden. Auf letzteres hätten in den letzten Jahren aber auch die Kassenprüfer gedrängt. Das „gruselige Arbeitsklima“ sei Geschichte, er sei momentan ganz optimistisch. FLORIAN MUHLE (unilinks) fragt, ob Stundenzettel vorgelegt werden müssten und es somit anders sei als beispielsweise bei AStA-ReferentInnen. CHRISTIAN

OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) sagt, man würde analog zum Radtschlag und zur Beratung verfahren. Die Verkehrsgruppe sei auch Dienstleister, im Unterschied zur Antifa-AG.

9 Berichte aus Senat und Kommissionen

MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) würde gerne aus dem Senat berichten, habe aber den Inhalt der letzten Sitzung auch erst aus der Presse erfahren können (*empörtes Grummeln im Sitzungssaal*) und verweist auf den später vorliegenden Antrag hierzu.

10 Anträge

Es liegen zwei Anträge der grünen hochschulgruppe*offenen liste als Tischvorlage vor.

a) Resolution zur Einführung allgemeiner Studiengebühren an der Universität Bielefeld

Die ParlamentarierInnen der grünen hochschulgruppe*offenen liste stellen folgenden Antrag:

„Resolution

Das 33. Studierendenparlament der Universität Bielefeld ist empört über die Einführung allgemeiner Studiengebühren (euphemistisch als Studien„beiträge“ betitelt) durch den Senat der Universität und über das Verfahren, welches zum Senatsbeschluss führte.

1. Die bisherigen Debatten, Beschlüsse und Resolutionen vorheriger Studierendenparlamente zum Themenkomplex „Studiengebühren“ gelten nach Ansicht des 33. StuPa weiterhin uneingeschränkt fort: Das Studierendenparlament der Universität Bielefeld sieht Studiengebühren als nicht zielführend für die Verbesserung der Studienbedingungen an, sondern lediglich als einen Einstieg in den Ausstieg aus der öffentlichen Bildungsfinanzierung sowie als zusätzliche soziale Hürde im Bildungssystem.
2. Das Verhalten von Rektorat, Universitätsverwaltung und professoraler Senatsmehrheit stellt einen Skandal bisher nicht dagewesenen Ausmaßes dar:
 - a) Es ist nicht hinnehmbar, dass die wichtigste Strukturentscheidung seit Gründung unserer Universität im stillen Kämmerlein nahezu ohne Öffentlichkeit stattfinden kann. Die Besetzung (bzw. vorsätzliche Blockierung) von Zuschauerplätzen durch VerwaltungsmitarbeiterInnen und von durch professorale SenatorInnen handverlesene Studierende stellt zusätzlich einen bewussten Ausschluss von Öffentlichkeit dar, der nicht nur Grundordnung und Senats-Geschäftsordnung, sondern auch jeglichem demokratischen Geiste einer vertrauensvollen Zusammenarbeit widerspricht.
 - b) Das Studierendenparlament kritisiert den faktischen Ausschluss von 50% der stimmberechtigten studentischen Senatsmitglieder durch Senat und Universitätsverwaltung und zweifelt die Rechtmäßigkeit der Sitzung an.
3. Der Senatsbeschluss wird zur Zeit von studentischen GremienvertreterInnen vor dem Verwaltungsgericht Minden angezweifelt. Trotz dieser gravierenden Rechtsunsicherheit zieht die Universität von StudienanfängerInnen bereits Gebühren ein und gibt Geld aus, das ihr unter Umständen gar nicht zusteht. Sie geht so grob fahrlässig das Risiko ein, nach einem rechtskräftigen Urteil hohe Summen aus dem laufenden Haushalt zurück zahlen zu müssen. Das Studierendenparlament fordert daher das Rektorat auf, bis zur endgültigen rechtlichen Klärung auf das Einziehen der Studien„beiträge“ zu verzichten oder alternativ die Verwendung der eingezogenen Beiträge einzustellen und die Gelder in der Zwischenzeit auf einem Treuhandkonto zu sichern.

4. Das Studierendenparlament fordert das Rektorat auf, öffentlich zu erklären, dass die Universität im Falle eines Scheiterns der Beitragsordnung vor dem Verwaltungsgericht alle zu Unrecht gezahlten Gelder zurück zahlen wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass StudienanfängerInnen einen finanziellen Nachteil erleiden sollen, nur weil es nicht möglich war, sie umfassend zu informieren.

Das Studierendenparlament unterstützt uneingeschränkt die Klagen der studentischen GremienvertreterInnen hinsichtlich Nicht-Öffentlichkeit der Senatssitzung und Ausschluss zweier studentischer Senatoren und fordert den AStA auf, die hierfür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.“

MARTIN ISBRUCH (ghg*ol, bis September 2006 Mitglied des Senats) begründet den Antrag mündlich. Es sei eine Pflicht für das StuPa, zur Einführung allgemeiner Studiengebühren durch den Senat Stellung zu nehmen. Zusätzlich zur Erinnerung an die schon bisher mehrfach formulierte ablehnende Haltung der Studierendenschaft müsse das StuPa deutlich das Verhalten von Rektorat, Uni-Verwaltung und professoraler Senatsmehrheit kritisieren und auf eine Gleichbehandlung aller Studierenden im Falle eines Klageerfolgs drängen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja / 2 Nein / 1 Enthaltung

Damit ist der oben genannte Antrag angenommen, die Resolution wird vom StuPa-Vorsitz dem Rektorat und Senat vorgelegt sowie (hochschul)öffentlich bekannt gemacht.

FLORIAN MUHLE (unilinks) möchte dazu noch wissen, ob der AStA das Rektorat nicht durch eine einstweilige Anordnung vom Einziehen der Gebühren abhalten könne. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) antwortet, dies sei zu Beginn überlegt worden, der Anwalt des AStA habe jedoch davon abgeraten.

b) Aufforderung an das Rektorat bzgl. Kompatibilität aller Ordnungen mit allgemeinen Studiengebühren

Die ParlamentarierInnen der grünen hochschulgruppe*offenen liste stellen folgenden Antrag:

„Angesichts der durch den Senat der Universität beschlossenen allgemeinen Studiengebühren („Studienbeiträge“) fordert das Studierendenparlament das Rektorat auf, sämtliche bestehenden Ordnungen an der Universität Bielefeld auf ihre Kompatibilität zu einem gebührenpflichtigen Studium zu überprüfen, hierzu detailliert Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Gemeint sind sowohl im Verkündungsblatt veröffentlichte Ordnungen als auch so genannte „ungeschriebene“ Ordnungen.“

MARTIN ISBRUCH (ghg*ol, bis September 2006 Mitglied des Senats) begründet den Antrag mündlich und verweist hinsichtlich des Passus „*ungeschriebene*“ *Ordnungen* beispielhaft auf die Handapparatsregelung. Es bringe nichts, wenn auch aus Studiengebühren angeschaffte Bücher wieder in Handapparaten verschwinden würden. Der Antrag gehe jedoch weiter, es seien wirklich *alle* Vorgänge an der Uni gemeint, die seiner Ansicht nach überprüft werden müssen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen, die Aufforderung wird vom StuPa-Vorsitz dem Rektorat und Senat vorgelegt sowie (hochschul)öffentlich bekannt gemacht.

JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) skandiert daraufhin: „Bücher fürs Volk“

c) Resolution zu Zerstörungsakten der letzten Monate an/um die Universität

GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) verliest folgenden Antrag für die ParlamentarierInnen des Ring Christlich-Demokratischer Studenten:

„Das Studierendenparlament der Universität Bielefeld verurteilt die Zerstörungsakte der letzten Monate auf das Schärfste und solidarisiert sich mit dem Rektor, indem es die strafrechtliche Verfolgung der Täter unterstützt. Wenn diese gefasst werden sollten, fordert das Parlament als ersten Schritt die sofortige Exmatrikulation als Symbol dafür, dass die Täter in keiner Weise in Verbindung mit dem studentischen Willen dieser Universität stehen.

Das Parlament distanziert sich ebenfalls deutlich von den Tätern und hilft mit bestem Wissen und Können bei der Aufklärung der Zerstörungsakte.

Als demokratisch gewählte Studierendenvertretung fordern wir die Studierendenschaft zur Toleranz und zum friedlichen Meinungsaustausch auf. Gewalt und blinder Aktionismus sind kein Mittel der demokratischen Willensbildung und dürfen niemals wieder als ein solches Instrument missbraucht werden.“

, sowie die Antragsbegründung (vgl. Anlage). INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) entgegnet, dass der AStA sich bereits distanziert habe. Wichtig dabei sei immer, die eigene Position zu finden. Das Problem des Antrages sei die Solidaritätsbekundung mit dem Rektor, dies sei unmöglich. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) bekundet seinen Unmut ob der erst nach dem Verlesen verteilten Tischvorlage. Er stimmt INGA MÜLLER zu bezüglich der Solidaritätsbekundung. Eine Exmatrikulation zu fordern stünde dem Studierendenparlament als Vertretung der Studierendeninteressen nicht zu. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) findet, dass sich das StuPa mit einer Exmatrikulationforderung lächerlich machen würde. Er wundert sich, dass im Antrag von Strafverfolgung die Rede ist und erkennt bezüglich der Solidaritätsbekundung mit dem Rektor totalitäre Züge beim RCDS. Er schlägt vor, alles zu streichen und zu ersetzen durch

„Das StuPa lehnt Gewalt als Form der Demonstration und des demokratischen Diskurs ab.“

MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) fände eine Positionierung des StuPa zu den unschönen Dingen der letzten Monate durchaus okay, zur strafrechtlichen Sicht jedoch habe das StuPa nichts zu sagen. Die Forderung nach Exmatrikulation sei sowieso unnötig, da im Hochschulgesetz NRW ein solcher Passus bei grob hochschulschädigendem Verhalten ohnehin vorgesehen sei. HENRIK PRUISKEN (ghg*ol) fragt, ob der RCDS der Polizei Tipps gegeben habe und verweist auf willkürliche Wohnungsdurchsuchungen in seinem Freundeskreis, die ein Chaos in deren Wohnungen hinterlassen hätten. INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) betont, dass der Ton die Musik mache. Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen sei „Solidarisierung“ das falsche Wort. Hinsichtlich der strafrechtlichen Verfolgung sei es nicht Aufgabe des StuPa mitzuarbeiten, die Exmatrikulation sei ein Mittel von vorgestern. Zudem kritisiert er das HABERMAS-Zitat in der Antragsbegründung (vgl. Anlage), HABERMAS habe sich auf etwas ganz anderes bezogen. Insgesamt spreche seiner Ansicht nach aus dem Antragstext des RCDS der Tenor „Wir gehen davon aus, dass das Studis waren“. Dies sei jedoch überhaupt nicht klar. Er schlägt vor, dass das StuPa sich in der nächsten Sitzung mit einem überarbeiteten Antrag auseinandersetzen könne. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) schließt sich ihrem Vorredner an und führt aus, dass es in einem Rechtsstaat zwar Polizei geben müsse. Aber die Art und Weise, in der der Staatschutz momentan in der Uni ermittelt, läge am Rande der Legalität und erzeuge eine enorme Unruhe unter Studierenden. Eine Kritik am Staatschutz müsse daher unbedingt in die Resolution rein, ansonsten wäre es eine vollkommen unreflektierte Stellungnahme. Die Mittel der Strafverfolgung seien im Moment nicht okay, daher habe sie enorme Probleme mit der Formulierung der Antragsteller. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) nimmt Stellung zu der geäußerten Kritik am Antragstext: Er habe sich das gerne angehört, stehe aber nach wie vor zu seiner Formulierung. Er dankt MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) für seinen Hinweis auf das Hochschulgesetz, seines Erachtens

hätten diese Personen ihre Studienrechte hier verwirkt. Ihm sei wichtig, dass das StuPa „diesen ganzen Blödsinn“ ablehnt. Den Begriff „Solidarisierung“ habe er absichtlich gewählt, um den Diskurs anzuregen. Angesichts der Kritik am Staatschutz und der strafrechtlichen Verfolgung schlägt er vor, „unterstützt“ durch „begrüßt“ zu ersetzen. Er halte die Arbeit des Staatschutzes für sinnvoll. Ob die Täter Studierende sind, sei für ihn ohne Belang. Bei nicht Studierenden könne das StuPa ohnehin nichts ausrichten. Eine Reduzierung des Antrags wie von JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) vorgeschlagen fände er schade. Die AStA-Pressemitteilung vom 31. August 2006 sei lächerlich gewesen. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) wirft ein, dass der AStA insgesamt fünf Pressemitteilungen zu diesem Themenkomplex veröffentlicht habe. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) stellt fest, dass der Antrag in der vorgelegten Form keine Mehrheit im Plenum fände. Falls das Ziel eine Aussprache gewesen sein solle, sei diese nun erfolgt. Er fände es schön, wenn man was gemeinsam hierzu mache, regt dann aber an, auf den gesamten Begründungstext zu verzichten. ANNA NIGBUR (AStA-Referentin für HoPo) fragt, warum das StuPa nicht abstimme, es seien doch genügend Leute dagegen. WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz): „Nein!“

DANIEL KRENZ-DEWE (unilinks) stellt einen *Geschäftsordnungsantrag auf sofortige Abstimmung*, der Vorsitzende des Studierendenparlaments, INGO BOWITZ (ghg*ol) hält die inhaltliche Gegenrede: Er sei froh, dass der RCDS auch mal inhaltliche Anträge stelle, dann solle man die auch ausführlich behandeln.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt, die Debatte wird weitergeführt.

INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) fragt nach dem Ziel des Antrags. Wenn es Provokation sei, müsse dem RCDS klar sein: Der Antrag werde nicht durchkommen! Falls das Ziel aber inhaltlicher Natur sei, also einer Distanzierung von Gewaltakten, dann solle seiner Ansicht nach ein inhaltlicher Diskurs zwischen den StuPa-Sitzungen stattfinden, um dann gemeinsam auf breiterer Basis einen Text zu verabschieden. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) betont, dass es ihm um einen inhaltlichen Diskurs gehe, er stehe aber nach wie vor zum Antragstext. Die Begründung allerdings sei nur ihre eigene Stellungnahme als RCDS und nicht Teil des Antrags selbst. Eine Vertagung wäre aber okay. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) führt aus, dass sie einige Änderungsanträge hätte, dies aber auch in einen Diskurs zwischen den Sitzungen einbringen könne. HENRIK PRUISKEN (ghg*ol) meint, dass der von JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) vorgeschlagene Satz den Kern der Sache sehr gut treffe. WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) schlägt vor, am 18. Oktober in der StuPa-Vorsitz-Sprechstunde den Text mit allen Interessierten zu beraten. FLORIAN MUHLE (unilinks) bittet, dann aber nicht das RCDS-Papier als Grundlage zu nehmen. MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) fragt JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) nach seinem Antragstext, ob er die Verabschiedung der Beitragssatzung als „demokratischen Diskurs“ empfinde. Unter Umständen seien also die Zerstörungsakte der letzten Monate gar nicht Teil eines demokratischen Diskurses, da er von Uni- bzw. professoraler Seite zutiefst undemokratisch geführt worden sei und fielen somit streng genommen gar nicht unter die Distanzierung. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) pflichtet ihm bei, das sei kein richtig demokratischer Diskurs gewesen, er habe jedoch durch die Formulierung „Gewalt als Form der Demonstration“ durchaus sämtlichen Protest, also auch die Vorkommnisse der letzten Monate, gemeint. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) stellt klar, dass es für ihn nicht um die Senatssitzung selbst, sondern lediglich um die Vorkommnisse danach ginge. CHRISTIAN OSINGA (Kompass) schlägt als neuen Antragstext vor: „Wir sind für das Gute und gegen das Schlechte – viel Glück uns allen!“ Der Text von JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) sei vielleicht zu allgemein. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) will auf gar keinen Fall, dass der RCDS-Antrag unverändert zur Abstimmung kommt. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) gibt zu bedenken, dass die Novembersitzung vielleicht ein wenig

spät sei für dies Thema. Sie schlägt vor, den Absatz 3 des RCDS-Vorschlags mit einzubauen. INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) fragt, ob der RCDS den Antrag zurückziehe beziehungsweise auf welcher Basis man weiter diskutieren solle. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) erläutert, dass der Antrag die Diskussionsbasis von ihm und seinen RCDS-KommilitonInnen sei. Die Novembersitzung wäre wirklich spät, aber er fände es toll, was gemeinsam auf die Beine zu stellen und streicht seinen Antrag etwas zusammen; ebenso machen JAN SEELHORST (Juso-HSG) und INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) Formulierungsvorschläge. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) meint, der RCDS-Text trage hinsichtlich der Forderung nach Strafverfolgung Züge wie in totalitären Staaten. CORNELIA EICHERT (RCDS) entgegnet, dass schwere Brandstiftung und die damit verbundene Gefährdung von Menschenleben kein Kavaliersdelikt sei, sondern immerhin mit 10 Jahren Haft bewehrt seien. Das StuPa solle dies nicht verharmlosen. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) antwortet, er habe die *Methoden* der Strafverfolgung kritisiert. CHRISTIAN OSINGA (Kompass) stellt fest, dass das Problem in einer unterschiedlichen Sicht der zwei Lager liege. Man sei sich einig, dass die Täter bestraft werden müssen. Das Vorgehen hier im Hause, zum Beispiel die willkürlichen Hausdurchsuchungen, seien nicht hinnehmbar. Strafverfolgung müsse mit Augenmaß geschehen. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) betont, dass er mit Täter die tatsächlich Schuldigen meint, und auch nicht Unschuldige verfolgt sehen möchte. MAIKEL LINKE (ghg*ol) will niemanden verurteilen, dies stehe nur RichterInnen zu. VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol) schlägt vor, alles zu ersetzen durch „Gewalt ist kein Mittel der demokratischen Willensbildung“ und ergänzt, „blinder Aktionismus“ sei nicht unbedingt Gewalt, insofern müsse man ihn auch nicht pauschal verurteilen. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) versteht diese Argumentation und stimmt zu, dies zu streichen. Der Rest des letzten Absatzes solle aber bestehen bleiben. JAN SEELHORST (Juso-HSG) verliest einen formulierten Vorschlag, zu dem mehrere Personen (RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent), VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg*ol), HENRIK PRUISKEN (ghg*ol), MARTIN ISBRUCH (ghg*ol)) Änderungsvorschläge machen. Die ParlamentarierInnen des RCDS übernehmen den von JAN SEELHORST (Juso-HSG) formulierten Vorschlag mit den erarbeiteten Änderungsvorschlägen, so dass folgender Antrag zur Abstimmung gestellt wird:

„Das Studierendenparlament der Universität Bielefeld verurteilt die Zerstörungsakte der letzten Monate auf das Schärfste und fordert, dass die Schuldigen strafrechtlich belangt werden. Es stellt fest, dass die TäterInnen in keiner Weise in Verbindung mit dem studentischen Willen dieser Universität stehen. Als demokratisch gewählte Studierenden-VertreterInnen fordern wir zu Toleranz und friedlichem Meinungs austausch auf. Gewalt ist kein Mittel der demokratischen Willensbildung!“

Abstimmungsergebnis: 13 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen, die Resolution wird vom StuPa-Vorsitz dem Rektorat und Senat vorgelegt sowie (hochschul)öffentlich bekannt gemacht.

d) Resolution „Offenes Tragen von Waffen im Universitäts-Hauptgebäude“

JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) stellt folgenden Antrag:

„Das Studierendenparlament verurteilt das offene Tragen von Schusswaffen durch in Zivil gekleidete Beamte der Polizei bzw. des Staatsschutzes innerhalb der Universität. Dieses verängstigt und verunsichert die Studierenden und MitarbeiterInnen der Universität. Das StuPa fordert die Universität auf, an dieser Stelle einzugreifen, um den Schutz aller Mitglieder und Gäste, insbesondere Kinder, zu gewährleisten.“

INGO BOWITZ (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) möchte wissen, woher er so etwas wisse. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) erklärt, er habe solche Personen beobachtet und die Angelegenheit mit einem befreundeten Polizisten besprochen. Dies ergab, dass es sich eindeutig um PolizistInnen gehandelt habe; im Dienst sei ihnen auch in Zivil das Tragen von Schusswaffen gestattet. Mehrere solche Personen traten zusammen auf und hatten auch „einen kleinen Bewacher“ dabei. INGO BOWITZ(ghg*ol, StuPa-Vorsitz) sagt, er sei nicht nur gegen das offene, sondern genauso auch gegen das verdeckte Tragen von Waffen im UHG. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) ist der Ansicht, dass man die konkrete Nennung von Polizei bzw. Staatschutz herauslassen solle. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) meint, dass die geschilderten Beobachtungen vielleicht legal seien, jedoch in jedem Falle die Verhältnismäßigkeit der Mittel sprengen würden. CORNELIA EICHERT (RCDS) würde vor einer solchen Resolution erst einmal eine diesbezügliche Anfrage ans Rektorat stellen, welches hiervon ja wohl in Kenntnis sein müsste. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) stimmt Janosch prinzipiell zu, dies liege allerdings nicht im Ermessen des StuPa. Er fände es schlimm, wenn MitarbeiterInnen von Prodiac so herumlaufen würden. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) geht davon aus, dass die beobachteten Personen von der Polizei oder vom Staatschutz waren, alles andere wäre erschreckend. MARTIN ISBRUCH (ghg*ol) findet, dass die Anfrage ans Rektorat in die Resolution aufgenommen werden solle und verweist darauf, dass die Anwesenheit von grünen Menschen in Zivil früher mal gang und gäbe war, bis mutige AStA-Nasen dagegen interveniert hätten. HENRIK PRUISKEN (ghg*ol) hat beobachtet, dass die fraglichen Personen ihre Waffen absichtlich deutlich präsentiert haben. CHRISTIAN OSINGA (Kompass) als ehemalige mutige AStA-Nase berichtet, dass der AStA damals eine Polaroid-Kamera besorgt habe und die Personen fotografisch festgehalten habe. Daraufhin sei er von den Beamten übelst bedroht worden. Sein Gedächtnisprotokoll hierzu habe er dem Kanzler bzw. Dezernat II zukommen lassen. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) stellt fest, dass das aktuelle Auftreten der BeamtInnen nicht okay sei, vor allem das offene Tragen sei zu kritisieren. CORNELIA EICHERT (RCDS) schlägt vor, sich an die entsprechende Polizeidienststelle zu wenden, damit von dort das Fehlverhalten einzelner BeamtInnen gemäßregelt werden könne. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) schließt sich dem an, es seien wohl eher einzelne BeamtInnen zu kritisieren. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) findet, dass zusätzlich eine Anfrage an das Rektorat erfolgen solle, dies wäre kaum Mehrarbeit. JANOSCH STRATEMANN (ghg*ol) kündigt an, als zukünftiger Senator eine solche Anfrage stellen zu wollen und ändert seinen Antrag folgendermaßen ab:

„Das Studierendenparlament verurteilt das offene Tragen von Schusswaffen durch in Zivil gekleidete Beamte innerhalb der Universität. Dieses verängstigt und verunsichert die Studierenden und MitarbeiterInnen der Universität. Das StuPa fordert die Universität auf, an dieser Stelle einzugreifen, um den Schutz aller Mitglieder und Gäste, insbesondere Kinder, zu gewährleisten.“

Abstimmungsergebnis: 12 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen, die Resolution wird vom StuPa-Vorsitz dem Rektorat und Senat vorgelegt sowie (hochschul)öffentlich bekannt gemacht.

11 Sonstiges

RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) bittet den StuPa-Vorsitz, doch beim Verwalter der StuPa-Homepage um etwas mehr Sorgfalt zu bitten. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) schlägt vor, dass der StuPa-Vorsitz gemeinsam mit dem Finanzreferenten das Gespräch mit dem Webmaster suchen.

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) lädt alle StuPa-Mitglieder zum Rektoratsempfang am 27. Oktober 2006 ein. Zwecks besserer Planung sei eine vorherige Anmeldung beim Rektorreferenten erbeten.

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) schließt die Sitzung um 23¹⁷ Uhr.

Hiermit erkläre ich, das Protokoll nach bestem Wissen und Gewissen verfasst zu haben.

Bielefeld, 20. November 2006

MARTIN ISBRUCH

Genehmigt in der dritten Sitzung des 33. Studierendenparlamentes am 16. November 2006.

INGO BOWITZ
(Vorsitzender des 33. Studierendenparlamentes)